



Ihr direkt gewählter Bundestagsabgeordneter für Nürnberg-Nord

09. März 2020



Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger!

Auch im Deutschen Bundestag spielte das Coronavirus in der jüngsten Sitzungswoche eine große Rolle.

Bundesgesundheitsminister Jens Spahn hat die Menschen darauf eingestimmt, dass der Höhepunkt der Corona-Epidemie in Deutschland noch nicht erreicht ist. In

einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag sagte Jens Spahn, es könne phasen- und stellenweise zu „Stress im System“ kommen. Daher rief er die Bürger zu Besonnenheit auf. „Mit kühlem Kopf können wir die Herausforderungen am besten bewältigen.“ Für uns als Gesellschaft ist die aktuelle Lage eine große Herausforderung. Ich habe großes Vertrauen in unsere Experten, Ärzte und Pfleger, denen für ihre aufopferungsvolle Arbeit großer Dank gebührt. Für die Politik gilt ein Dreiklang aus wissenschaftlicher Expertise, sorgsamer Abwägung und entschlossenem Handeln. Es wird auch weitere Einschränkungen im Alltag geben, wenn noch häufiger als bisher Schulen zeitweise geschlossen und Großveranstaltungen abgesagt werden müssen. Es gilt aber der Grundsatz: Die Sicherheit der Bevölkerung geht im Zweifel vor – auch vor wirtschaftlichen Interessen. Daher: Vorsicht ist wichtig und geboten, Panik aber völlig unnötig!

Die schreckliche Gewalttat von Hanau hat uns alle schockiert. Der Bundestag nahm dies zum Anlass, um darüber zu diskutieren, welche Konsequenzen im Kampf gegen Hass und Hetze gezogen werden müssen. Ralph Brinkhaus, der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, betonte, dass es erschütternd sei, dass Menschen heute glauben, der Staat könne sie nicht mehr schützen: „Nur wer in Sicherheit lebt, kann auch in Freiheit leben.“ Auch wenn die Gefahr des Extremismus durch links oder durch den Islamismus nicht unterschätzt werden darf, so Brinkhaus weiter, sei eines ganz deutlich geworden: „Der Feind unserer Demokratie steht in diesen Tagen rechts – und nirgendwo anders.“

Bundesinnenminister Horst Seehofer erläuterte, dass die Bundesregierung gemeinsam mit den Ländern bereits zahlreiche Maßnahmen auf den Weg gebracht habe, um den Rechtsextremismus zu bekämpfen: Dazu gehören unter anderem das Aufstocken des Personals der Sicherheitsbehörden, das Gesetz gegen Hass im Netz, das auf den Weg gebracht wurde, das Verbot rechtsextremer Gruppen wie „Combat 18“ sowie die Verschärfung des Waffenrechts. Seehofer fasste zusammen, dass eine wehrhafte Demokratie nötig sei: „Dazu brauchen wir mutige Demokraten, aber dazu brauchen wir auch und vor allem einen starken Staat, wenn es um den Schutz unserer freiheitlichen Grundordnung geht.“

Viel Spaß beim Lesen!

Herzliche Grüße

Ihr Sebastian Brehm, MdB

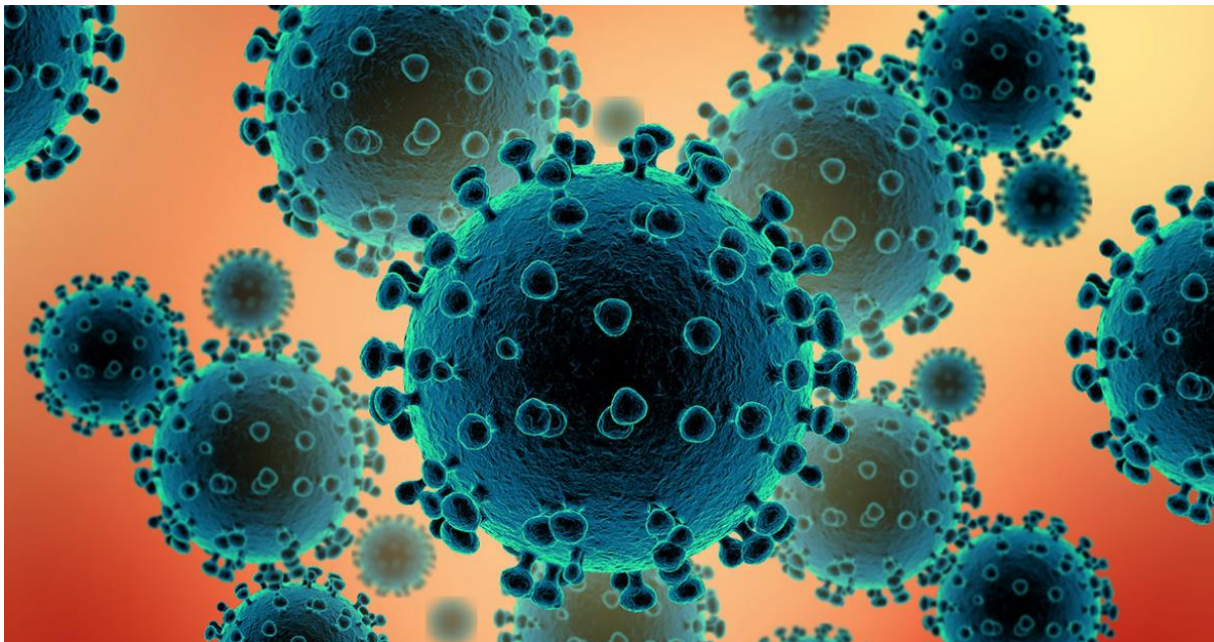




CORONAVIRUS

Nüßlein: „Immenses Vertrauen in unser Gesundheitssystem“

Der Bundestag hat sich am Mittwoch mit der Bekämpfung des Coronavirus in Deutschland beschäftigt. Nach einer Regierungserklärung von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) wurde im Plenum darüber debattiert.



© envato/Abdelrahman_El-Masry

„Die Menschen sind schwer verunsichert. Das liegt in einem gewissen Maß auch an der Dauerbeschallung durch die Medien“, sagte Georg Nüßlein (CSU). Die Medien spielten in dem Zusammenhang eine besondere Rolle. Sie hätten die Verantwortung zu informieren, aber im Moment würde das Thema Coronavirus durchaus überstrapaziert, so der CSU-Gesundheitspolitiker.

Und auch das Misstrauen gegenüber China spiele bei den Menschen eine Rolle. China habe drastische Maßnahmen wegen des Virus ergriffen, obwohl das die Wirtschaft gefährde. Das sei ein Zeichen für die Gefahr des Virus. Viele glaubten auch, dass die Zahlen, die China nennt, falsch wären. „Ich sage Ihnen: Das Einzige, was uns momentan davor bewahrt, ist das immense Vertrauen der Menschen in unser Gesundheitssystem und in die handelnden Personen“, unterstrich der CSU-Politiker. Gerade diesen Menschen müsse man im Moment besonders danken.



Medikamentenabhängigkeit von China beenden

Richtig sei auch, dass sich die Situation verändere. „Wir alle wissen nicht, was passiert, was kommt. Man muss die Maßnahmen an der Stelle tatsächlich anpassen“, so Nüßlein. Man müsse vor allem auch über den Schutz des medizinischen Personals nachdenken. Einerseits gebe es kaum noch Masken für die Ärzte. Andererseits würden sich eben doch nicht alle Patienten daran halten und bei Verdacht auf den Coronavirus der Praxis erstmal fernbleiben. Was bedeute das dann für die Arztpraxis – Schließung oder nicht - und die anderen Patienten? „Deshalb müssen wir, wenn es mehr Fälle werden, darüber nachdenken, ob nicht die Gesundheitsämter die Durchführung der Tests übernehmen sollten“, regte Nüßlein an.

Eine Krise sei immer auch ein Wendepunkt. Das gelte auch beim Thema Coronavirus. Die „persönliche Hygiene“ spiele bei den Menschen mittlerweile eine andere Rolle. „Ich würde mir wünschen, dass das Thema Besucherhygiene in den Krankenhäusern in Zukunft eine andere, eine neue Rolle spielt“, forderte der CSU-Politiker. Es gebe in jedem Krankenhaus Desinfektionsmittelspender für die Hände, aber es gebe keine Schleusen für die Besucher. Man sollte grundsätzlich darüber nachdenken so etwas auszubauen, sagte Nüßlein.

Und auch mit der Wirtschaft müsse man sich wegen des Coronavirus beschäftigen. „Es besteht in der Tat das Risiko, dass sich unsere Wirtschaft schneller infiziert als die Menschen“, so der CSU-Politiker. Das habe man im Blick. Allerdings sei in diesem Zusammenhang vor allem die Medikamentenabhängigkeit von China in den Fokus gerückt. „Es geht insbesondere um die Frage: Woher kommen die Grundstoffe für unsere Medikamente“, betonte Nüßlein. „Wenn wir von China, Indien und ein paar südostasiatischen Staaten abhängig sind, dann ist das ein Problem, das wir viel zu lange nicht im Blick gehabt haben und jetzt wirklich in den Fokus nehmen müssen“, sagte Nüßlein weiter. Man müsse wieder Unabhängigkeit herstellen und sich auf europäischer Ebene anders aufstellen. Auch das müsse eine Lehre aus dem Coronavirus sein.



SYRIEN-KONFLIKT

Lindholz: „Drängendste Aufgabe für Europa liegt an der syrisch-türkischen Grenze“

In einer Aktuelle Stunde hat der Bundestag am Donnerstag über die Eskalation im syrischen Idlib und die daraus resultierenden Folgen für Europa diskutiert.



© picture alliance / ZIMA-press

„Die drängendste Aufgabe für Europa liegt heute nicht an der griechischen, sondern an der syrisch-türkischen Grenze. Dort warten fast eine Million Menschen auf Hilfe. Diese Menschen aus Idlib sind tatsächlich auf der Flucht, während die große Mehrheit der Migranten an der griechisch-türkischen Grenze laut der Mitteilung des UNHCR nicht aus Syrien stammt“, sagte Andrea Lindholz (CSU), innenpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Plenum.

Das Assad-Regime und das russische Militär bombardierten in Idlib gezielt Krankenhäuser, Schulen, Wohnhäuser und Märkte. Die Vertreibung der Zivilbevölkerung sei seit Jahren Teil der widerwärtigen Strategie von Assad. Trotz dieser unsäglichen Verbrechen seien erst im letzten November erneut Vertreter der AfD-Fraktion bei Assad zu Besuch, so Lindholz. Sie würden einen Diktator hofieren, der Menschen zu Tode foltern lasse, der seine eigene Bevölkerung mit Giftgas ermorde. Das sei eine Schande für Deutschland.



„Die Situation an der syrisch-türkischen Grenze hat auch unmittelbare Auswirkungen auf die Situation an der türkisch-griechischen Grenze. Wir brauchen für beides, für Syrien und für den Schutz unserer Außengrenzen, europäische Antworten“, unterstrich die CSU-Innenpolitikerin. Der Fokus liege in der Flüchtlingspolitik zunächst immer auf der Hilfe vor Ort. Dort müsste man Lösungen suchen. „Aufnahmekontingente können immer nur ein Teil einer Lösung sein. Wir ändern damit keine Fluchtursachen. Wir werden damit auch unserer humanitären Verantwortung nicht vollumfänglich gerecht“, so Lindholz. Es könne nicht sein, dass man sich nur auf die konzentriere, die es bis zu einer griechischen Insel schafften. Die völkerrechtliche Schutzverantwortung gehe weit darüber hinaus. Sie reiche in die Krisenregionen. „Wir brauchen in Syrien eine sichere Zone für die Menschen, sie brauchen dort Hilfe und Unterstützung“, forderte Lindholz.

Kein unkontrollierter Zustrom nach Deutschland

Europa müsse jetzt zeigen, dass man in der Lage sei, an der türkisch-griechischen Grenze für Ordnung zu sorgen - mit einem gemeinsamen europäischen Konzept. Die Griechen müssten auch mit Personal, mit Material und mit Mitteln unterstützt werden. Einseitige Signale Deutschlands, wie zum Beispiel erst einmal die Flüchtlingsunterkünfte aufzumachen, wären das falsche Signal.

Man sei sich in der Koalition einig, dass es keinen unkontrollierten Zustrom nach Deutschland geben dürfe. „Ich bin mir sicher: Wenn es uns gelingt, zu zeigen, dass unsere Außengrenzen geschützt werden können, dann können wir auch der Türkei etwas entgegensetzen“, sagte Lindholz. Aber man brauche auch das EU- Türkei-Abkommen. Ohne die Türkei, bei allen Differenzen, könne die Situation nicht gelöst werden.

„Wir müssen es klar formulieren: Wir haben versprochen, dass ein unkontrollierter Zustrom nach Europa oder nach Deutschland von uns nicht akzeptiert wird. Wir müssen damit auch sagen, dass wir bereit sind, dafür an der Außengrenze alles zu tun“, betonte die CSU-Innenpolitikerin. Wenn das nicht eingehalten würde, müsse man an der Binnengrenze etwas tun, weil man den Schengen-Raum nicht gefährden wolle. „Aber wenn wir nicht anfangen, uns in den Punkten, in denen wir uns einig sind, zu einer gemeinsamen Sprache durchzuringen, machen wir nur eines: Wir schaffen es weiterhin, dass die AfD mit ihren Ängsten in ihren Reden die Menschen verunsichert“, richtete Lindholz ihre Worte an SPD, FDP und Grüne. „Wir müssen diesem Hass und dieser Hetze etwas entgegensetzen. Deswegen ist es heute mein Appell an die demokratischen Parteien: Lassen Sie uns bitte in dieser schwierigen Situation eine gemeinsame Sprache sprechen, um diesem Hass etwas entgegenzusetzen, und um für die Menschen in Griechenland, aber auch in Syrien langfristig, mittelfristig und kurzfristig etwas zu tun“, appellierte die CSU-Innenpolitikerin an ihre Kollegen.



HANAU

Seehofer: „Höchste Bedrohung in unserem Land geht vom Rechtsextremismus aus“

Die Bundestagsabgeordneten haben sich am Donnerstag in einer Vereinbarten Debatte mit den Konsequenzen aus den rechtsterroristischen Morden von Hanau beschäftigt. Rechtsextremismus und Hass müssten entschieden bekämpft werden.



© picture alliance / Boris Rössler / dpa

Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) machte deutlich: „Für Relativierung oder gar Verharmlosung gibt es bei diesem ernstesten Thema keinen Raum.“ Wenn es um die Bekämpfung des Rechtsextremismus gehe, müsse man sich zuallererst ein Bild von der tatsächlichen Lage machen, ein ehrliches, ein ungeschminktes Bild. „Die furchtbare Gewalttat in Hanau war die dritte innerhalb von zehn Monaten“, so Seehofer. Die Spur führe zurück über den Amoklauf in München, der heute von den Sicherheitsbehörden zweifelsfrei als rechtsextremistisch motiviert eingestuft sei, bis zur Enttarnung des NSU. Es war die dritte Gewalttat in zehn Monaten, die unzweifelhaft rassistisch motiviert und islamfeindlich gewesen ist, sagte der Bundesinnenminister.

Zudem müsse man sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass in den vergangenen Wochen zwölf mutmaßliche Rechtsextremisten verhaftet wurden, die ganz offenbar konkrete Planungen gegen Personen hatten, die bürgerkriegsähnliche Zustände in der Bundesrepublik Deutschland planten. Man habe in den vergangenen Wochen auch eine



Wohnung mit Unmengen von Sprengstoff und Handgranaten ausgehoben, eine andere Wohnung mit vielen automatischen Waffen. „Wenn wir die Spur seit der Enttarnung des NSU bis heute und die Entwicklung in den letzten Monaten betrachten, dann muss ein Innenminister davon sprechen, dass die Bedrohungslage, die Gefährdungslage durch den Rechtsextremismus in unserem Land sehr hoch ist und durch nichts relativiert werden kann“, unterstrich Seehofer. Es gebe auch Linksextremismus. Es gebe Reichsbürger, die sehr waffenaffin seien, und es gebe nach wie vor eine hohe Gefährdungslage beim islamistischen Terror. „Aber die höchste Bedrohung in unserem Lande geht vom Rechtsextremismus aus“, sagte der Bundesinnenminister.

Umfassende Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Es beginne mit der Verrohung der Sprache, die sich auch in Bildern ausdrücke, zum Beispiel, wenn Menschen in einem Bundesligastadion im Fadenkreuz gezeigt würden oder wenn vom Erschießen reicher Leute gesprochen werde. Das alles ist die Saat, durch die die Gewalt bewusst und gewollt oder auch ungewollt entstehe. „Ich habe Halle und Hanau besucht und habe oft berichtet, dass zwei Sätze, die mir dort gesagt wurden, wie ein Stich ins Herz gewirkt haben, in einer Gedenkveranstaltung, in aller Stille der Ruf eines jungen Menschen: ‚Ihr könnt uns nicht schützen!‘“, sagte Seehofer. Andere hätten gefragt, ob es jetzt wieder nur Worte der Anteilnahme gebe oder ob diesen Worten auch politische Taten und Maßnahmen folgen würden?

Im Interesse der Opfer und der Angehörigen habe man eine umfassende Strategie zur Bekämpfung des Rechtsextremismus entwickelt, innerhalb von zwei Tagen, mit allen 16 Bundesländern. Den Worten seien Taten gefolgt. „Wir haben für eine massive personelle Verstärkung des Bundeskriminalamtes und des Bundesamtes für Verfassungsschutz gesorgt. Vergleichbare Arbeitseinheiten hatten wir bisher nur bei der Bekämpfung des islamistischen Terrors, aber nicht im Bereich Rechtsextremismus“, so Seehofer. Man werde im Deutschen Bundestag den Entwurf eines Anti-Hass-Gesetzes vorlegen. Dieser sei umfassend: Wenn jemand im Internet Drohungen ausstoße, Straftaten ankündige oder begehe, sei der Provider künftig nicht nur verpflichtet, diese Inhalte zu löschen, sondern auch, sie dem Bundeskriminalamt zu melden. Das Waffenrecht sei bereits verschärft worden, denn Waffen gehörten nicht in die Hände von Extremisten, zählte der Bundesinnenminister auf.

„Wir brauchen diesen starken Staat“

Wir haben zum ersten Mal einen Antisemitismusbeauftragten der Bundesregierung. Die Vereinigung Combat 18 sei verboten worden. Es sei eine Expertengruppe gegen Islamfeindlichkeit eingerichtet worden. Und man sei dabei, die Präventionsprogramme des Bundes zu überprüfen, um in der Zukunft noch effektiver und wirksamer sicherzustellen, dass Manches bereits im Vorfeld verhindert werden könne.



„Wir brauchen diesen starken Staat, denn man hört in der Bevölkerung oft die Fragen: Kann sich der Rechtsstaat eigentlich noch durchsetzen? Oder hat der Rechtsstaat genug Biss, um das, was hier an Gesetzen beschlossen wird, in der Praxis umzusetzen?“, sagte Horst Seehofer. „Dafür müssen wir jeden Tag arbeiten, für diesen starken Staat zur Unterstützung von mutigen Demokraten“, betonte der Innenminister.

Sebastian Brehm, MdB | Dipl.-Kfm., Steuerberater

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

☎ 030-227-74074 • Fax 030-227-70072

✉ sebastian.brehm@bundestag.de

www.sebastianbrehm.de



Diese Veröffentlichung dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Alle Fotorechte Sebastian Brehm, MdB, falls nicht anders angegeben.